



Stadt
Kelsterbach

Informationen und Anregungen für einen
Bürgerhaushalt

Bürgerhaushalt

Gliederung



Definition



Ziele



Kriterien



Voraussetzungen



Phasen



Bürgerhaushalt in anderen Kommunen



Bürgerhaushalt in Hilden



Bürgerhaushalt in Essen



Bürgerhaushalt in Babenhausen



Bürgerhaushalt in Frankfurt am Main



Übersicht über weitere Kommunen

Bürgerhaushalt

Definition - Historie

Beim Bürgerhaushalt handelt es sich um eine in den 1980er Jahren in der Großstadt Porto Alegre (Brasilien) entwickelte, direkte Art der kommunalen Bürgerbeteiligung, bei der sich die Stadtverwaltung um mehr Haushaltstransparenz und eine verständliche Darstellung des städtischen Haushalts bemüht und die Bürger über Haushaltsmittel mitbestimmen und entscheiden lässt. Der Bürgerhaushalt ist ein Instrument, zur Einspeisung von Bürgervorschlägen in den städtischen Planungsprozess.

Ziele

Durch die Einführung eines Bürgerhaushaltes, bei dem Entscheidungen mit auf die Ebene der Betroffenen verlagert werden, soll eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung an kommunalen Entscheidungsprozessen erreicht werden. Nirgendwo sind die Bürgerinnen und Bürger der Politik und politischen Entscheidungen so nah wie in ihrer Kommune. Nirgendwo ist die Politik mit ihren Entscheidungen so nahe an den Bürgern, spricht den Betroffenen. Hier bietet sich also die Gelegenheit, eine „Politik der Nähe“ zu praktizieren. Die Bürger haben bei einem Bürgerhaushalt die Möglichkeit ihre Empfehlungen für die Verwendung von Mitteln gleichzeitig aber auch Einsparvorschläge abzugeben, während die Moderation und Begleitung durch die Verwaltung erfolgt.

Ziel und Kennzeichen eines Bürgerhaushaltes ist es also, den kommunalen Haushalt gemeinsam mit den Bürgern auf der Basis von verständlichen Informationen zu diskutieren und ihre Vorschläge und Anregungen dem Magistrat und der Verwaltung zuzuleiten. Sie sind somit aktiv an der Mitgestaltung ihrer Stadt beteiligt.

Kriterien

Auch in Deutschland arbeiten mittlerweile ca. 250 Städte und Gemeinden mit Bürgerhaushaltsmodellen nach dem Vorbild von Porto Alegre.

Da es jedoch kein allgemeingültiges Modell gibt, unterscheiden sie sich oft sehr stark in ihrer Ausgestaltung. Um wenigstens eine minimale Vergleichbarkeit zu erzielen, wurden vom Forschungsprojekt „Europäische Bürgerhaushalte“ fünf Kriterien erarbeitet, die in der wissenschaftlichen Literatur aufgegriffen und auch von immer mehr Kommunen als Grundlage herangezogen werden. Nach diesen Kriterien wird ein Bürgerhaushalt folgendermaßen definiert:

„Im Bürgerhaushalt nehmen Bürger ohne politisches Mandat an der Erstellung und/oder Umsetzung öffentlicher Finanzen teil. Fünf weitere Kriterien müssen in Europa zu dieser Definition hinzugefügt werden, um den Bürgerhaushalt von anderen Beteiligungsverfahren zu unterscheiden:

1. Im Zentrum des Verfahrens stehen finanzielle Aspekte, genauer gesagt die Diskussion um begrenzte Ressourcen.
2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder einem Bezirk mit eigenen politisch-administrativen Kompetenzen statt (die Quartiersebene allein reicht nicht).
3. Es handelt sich um einen in der Dauer angelegten Prozess (eine Veranstaltung, oder ein Referendum über Finanzfragen sind kein Bürgerhaushalt).
4. Die Beratung/Entscheidung der Bürger beruht auf einem Diskussionsprozess (Deliberation) im Rahmen besonderer Treffen/Foren (die Öffnung bestehender Verfahren der repräsentativen Demokratie gegenüber „normalen“ Bürgern ist kein Bürgerhaushalt).
5. Die Organisatoren müssen über die Ergebnisse der Diskussion Rechenschaft ablegen.“

Voraussetzungen

Wenn ein Bürgerhaushalt gelingen soll, sind folgende Voraussetzungen unabdingbar.

- ✓ Bürgerhaushalt ist Chefsache:
Der Bürgermeister/der Kämmerer wirkt als Motor der Bürgerhaushaltes.
- ✓ Zustimmung der Politik:
Möglichst einstimmiger Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Durchführung eines Bürgerhaushaltsverfahrens inkl. Selbstverpflichtung über den Umgang mit den Vorschlägen.
- ✓ Klar definierte Verantwortlichkeit innerhalb der Verwaltung:
Bildung einer arbeitsbereichsübergreifenden Projektgruppe sowie Bereitstellung von Kapazitäten für die Öffentlichkeitsarbeit.
- ✓ Information der Bürger:
Chancen und Grenzen eines Bürgerhaushaltes müssen deutlich aufgezeigt werden.

- ✓ Kooperation mit Vereinen und Institutionen:
Bereits in der Planungsphase muss Kontakt hergestellt und Unterstützung eingeholt werden.
- ✓ Zeitplan und finanzielle Ressourcen:
Die einzelnen Phasen des Bürgerhaushalts müssen so geplant werden, dass sie eingehalten werden können, außerdem werden die benötigten finanziellen Mittel (Broschüren, Flyer, Anzeigen, Internet usw.) bereitgestellt.

Mögliche Phasen

Der Ablauf des Bürgerhaushaltes ist in verschiedene Phasen unterteilt.

In der ersten Phase werden die Bürger nach der Einbringung des Haushaltes in die Stadtverordnetenversammlung durch diverse Medien (z. B. Internetangebote, Beilagen in Zeitungen, Broschüren) über den Haushalt informiert.

In der zweiten Phase haben sie die Möglichkeit zu allen Haushaltsbereichen Vorschläge einzusenden ohne Vorgaben berücksichtigen zu müssen. Durch diese direkten Mitgestaltungsmöglichkeiten, die zu einer greifbaren Stadtpolitik führen, gewinnt die Stadt bei den Bürgern auch an Attraktivität.

Die Bürger werden dann direkt nach ihrer Meinung gefragt. Dies geschieht beispielsweise durch Bürgerforen, Arbeitskreise und schriftliche / mündliche Befragung. Aus den Einzelmeinungen werden dann Beschlussvorschläge für die politischen Gremien abgeleitet.

In der dritten Phase muss Rechenschaft abgelegt werden. Es müssen Informationen darüber gegeben werden in welcher Art und welchen Umfang die Vorschläge der Bürger angenommen wurden, sowie eine Begründung warum andere Vorschläge keine Berücksichtigung fanden.

Durch die größere Transparenz politischer Entscheidungen können mit der Einführung des Bürgerhaushaltes mehr Bürger motiviert werden sich für das Gemeinwohl zu interessieren und einzusetzen. Um auch Jugendliche dafür zu gewinnen, hat die Stadt Frankfurt am Main beschlossen, dass sich bereits Jugendliche ab 14 Jahren beteiligen dürfen.

Alternative Ablaufphase

Grundsätzlich bietet der Bürgerhaushalt auch eine, von einigen Kommunen bevorzugte, „alternative Ablaufphase“. Die Phase in der Bürger zur Abgabe von Vorschlägen inspiriert werden beginnt demnach z. B. mit Beginn des zweiten Quartals eines Jahres – also rechtzeitig vor der Erstellung des Haushaltes durch die Verwaltung.

Die Information der Bürger erfolgt wie oben beschrieben. Die seitens der Bürger eingereichten Vorschläge werden entsprechend der Vorgaben bewertet und beschlossen und werden mit in die Haushaltsplanung aufgenommen. Grundsätzlich entscheidet sich die Kommune also zwischen einer Beteiligung vor Erstellung bzw. nach Einbringung des Haushaltsentwurfs durch den Kämmerer.

Bürgerhaushalt in anderen Kommunen

Weitere Kommunen im Umkreis von Kelsterbach die sich aktuell in der Diskussionsphase zur Einführung eines Bürgerhaushaltes befinden, sind unter anderem Rüsselsheim, Flörsheim und Dreieich.

Einen Schritt weiter ist die Stadt Alsfeld, die ebenso wie Frankfurt am Main, bereits die Einführung beschlossen hat.

In Groß-Umstadt befindet sich der Bürgerhaushalt in der Fortführung, was bedeutet, dass es bereits mindestens dreimal durchgeführt wurde und sich somit als fester und dauerhafter Bestandteil der Haushaltsplanungsverfahren etabliert hat.

In der Praxis hat sich herauskristallisiert, dass es ratsam ist für den Bürgerhaushalt ein festes Budget zur Verfügung zu stellen, anstatt ausschließlich Vorschläge zu erarbeiten, da diese sich dann häufig nur in einem sehr geringen finanziellen Rahmen wiederfinden.

Da das Etatrecht nach der Hessischen Gemeindeordnung bei den Stadtverordneten liegt, geht allem voran ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Einsetzung des Bürgerhaushaltsmodelles, zur Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel und zur Selbstverpflichtung der Stadtverordneten, die vom Bürgerhaushalt getroffenen Entscheidungen nachzuvollziehen. Erst danach kann mit dem eigentlichen Verfahren des Bürgerhaushaltes begonnen werden.

Bürgerhaushalt in Hilden

Die Stadt Hilden führt in diesem Jahr bereits zum zehnten Mal einen Bürgerhaushalt durch und hat in dieser Zeit verschiedene Variationen ausprobiert. Für die aktuelle Bürgerbeteiligung wurde erstmals ein Internetportal gestaltet, über das sich die Bürger bis Ende Februar an der Haushaltsplanung beteiligen können. Durch den Internetauftritt sollen mehr jüngere Leute erreicht werden, vor allem aber soll den Bürgern mehr Zeit gegeben werden sich zum Haushalt zu äußern, da sie bislang nur im Rahmen einzelner Veranstaltungen dazu Möglichkeit hatten.

Laut dem Bürgermeister der Stadt Hilden, Horst Thiele, sinkt so auch die Hemmschwelle für die Bürger, die sich vorher nicht gerne vor allen Leuten äußern wollten.

Für die Onlinebeteiligung wurde insgesamt ein Zeitraum von sieben Wochen angesetzt. Ein weiterer Vorteil des neuen Internetauftritts ist, dass den Bürgern in einem Forum die Möglichkeit gegeben wird ihre eigenen Vorschläge zum Haushalt einzustellen und mit anderen Nutzern zu diskutieren. Es besteht außerdem die Möglichkeit über Verwaltungsfragen zum Haushalt abzustimmen. Um sich an dem Forum beteiligen zu können, ist eine Registrierung erforderlich, über ein Kontaktformular ist auf der Seite der Stadt Hilden ist es jedoch auch möglich Vorschläge ohne vorherige Registrierung abzugeben.

Nach dem 28. Februar wird ein sogenanntes Moderatorenteam die eingegangenen Vorschläge auswerten. Die Geeigneten werden in der Änderungsliste zum Haushalt 2011 mit den Vorschlägen der Fraktionen gleichgewichtet. Über die letztendliche Umsetzung entscheidet jedoch dann das Stadtparlament bei der Verabschiedung des Haushaltes.

Nach dem Grundsatzbeschluss der Stadt Hilden im Jahr 2001 einen Bürgerhaushalt durchzuführen sah die Projektplanung der Kommune folgendermaßen aus:

- Juli bis Oktober 2001
Aufstellung des Haushaltsplanentwurf und der Budgets durch die Verwaltung.
- 24. Oktober 2001
Einbringung des Haushaltsplanentwurf und der Budgets im Parlament der Stadt Hilden.
- August bis Oktober 2001
Erstellung einer Broschüre / Fragebogen mit flächendeckender Verteilung Anfang November 2001 an alle Hildener Haushalt und Vorbereitung des Internetauftritts.
- November / Anfang Dezember 2001
Informationsveranstaltungen bei Bürgervereinen, Sportvereinen, Beiräten und auf dem Wochenmarkt.
- Dezember 2001
Aufbereitung der Anregungen der Bürger sowie der Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2002 für die Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf.
- Dezember 2001 / Januar 2002
Beratung über die Änderungen in den Fachausschüssen und Beratung über die Anträge der Bürger im Haupt- und Finanzausschuss am 16. Januar bzw. im Parlament am 30. Januar 2002.

Die Stadt Hilden hat Infobroschüren mit einer Auflage von 31.000 Exemplaren drucken lassen. 29.000 davon wurde Anfang November 2001 flächendeckend an alle Haushalte verteilt. Die restlichen 2.000 Broschüren wurden in verschiedenen städtischen Liegenschaften ausgelegt sowie auf dem Wochenmarkt verteilt.

Allen Infobroschüren wurde auch ein Fragebogen beigelegt, der als Anreiz für die Bürger in ein Preisausschreiben integriert war.

Im Jahr 2009 wurden dann die drei besten Beiträge mit Geldpreisen prämiert. Vorgesehen waren 500,00 Euro, 750,00 Euro und 1.000,00 Euro.

Nach Prüfung und Kommentierung der 70 eingegangenen Vorschläge, besonderes Augenmerk wurde auf Umsetzungsmöglichkeiten und Einsparpotenzial gelegt, entschied eine Jury, bestehend aus dem Bürgermeister, den Beigeordneten, dem Kämmerer und den Fraktionsvorsitzenden, über die Nominierung der drei besten Plätze. Letztendlich entschied die Jury jedem der drei Teilnehmer einen Betrag von 750,00 Euro als Gewinn zu überreichen, da sie die Qualität der Vorschläge gleichermaßen überzeugt hat.

Insgesamt gingen bei der Stadt Hilden im Anfangsjahr des Bürgerhaushaltes 107 Rückläufe mit 214 Anregungen ein.

Den Fragebögen konnte entnommen werden, dass die Idee des Bürgerhaushaltes überwiegend als gut oder sehr gut betrachtet wird und das Interesse für die Bereiche Stadtplanung und -entwicklung sowie Kultur besonders groß ist.

Für die Haushaltsstelle „Sachkosten Bürgerhaushalt“ hat die Stadt Hilden im Jahr 2001 insgesamt 30.000,00 DM überplanmäßig bereitgestellt. Für die inhaltliche Überarbeitung, die grafische Aufarbeitung, den Druck der Broschüre, die flächendeckende Verteilung an alle Haushalte sowie für kleine Werbegeschenke, die auf den Wochenmarkt verteilt wurden, sind insgesamt Ausgaben in Höhe von 12.614,59 DM angefallen. Die Finanzierung der Broschüre wurde durch die Bertelsmann-Stiftung unterstützt. Durch Werbeeinnahmen konnten außerdem insgesamt 6.350,00 DM vereinnahmt werden.

Das Fazit der Stadt Hilden:

„Für eine derartig umfassende Information und Präsentation des Hildener Haushaltes ist dieses ein geringer finanzieller Beitrag.“

Bürgerhaushalt in Essen

Unter dem Motto „Essen kriegt die Kurve“ wird in diesem Jahr auch dort ein Bürgerhaushalt durchgeführt. Ehrgeiziges Hauptziel der Essener ist es einen Haushaltsausgleich bis 2015 zu erzielen, dementsprechend lautet der Schwerpunkt der Bürgerbeteiligung „Wo soll bis 2015 gespart werden?“.

Die Planung der Stadt sieht folgenden Ablauf vor:

1. Einbringung von Spar- und Einnahmenvorschlägen durch die Bürger
2. Auswertung aller Vorschläge, Bewertungen und Ergebnisse des Konsolidierungsrechners durch die Verwaltung. Schwerpunkt: TOP 50 – Vorschläge.
3. Beratung der politischen Fachausschüsse über TOP 50 – Vorschläge, alle weiteren Ergebnisse und Stellungnahmen der Verwaltung.
Letzte Entscheidung durch den Rat der Stadt
4. Begründete Rückmeldung in Form des Berichtes für alle Teilnehmenden, wie mit den Ergebnissen umgegangen wurde.

Die Stadt Essen hat auch einen Internetauftritt gestaltet. Dort können die Bürger nachdem sie sich registriert haben Spar- und Einnahmenvorschläge abgeben sowie die Vorschläge von anderen bewerten und diskutieren. Die TOP 50 der Sparvorschläge werden dann in die Beratungen für den Haushalt 2013 einbezogen.

Aktuell steht den Bürgern im Internet ein Zwischenbericht der Stadt Essen zur Verfügung, der über die Ergebnisse informiert. Es haben sich 362 Bürger online registriert, die im Laufe der Beteiligungsphase 164 Vorschläge abgegeben und 6.839 Bewertungen vorgenommen haben.

Mit 21,34 Prozent und 18,90 Prozent betreffen die meisten der Bürgervorschläge die Bereiche „Umwelt, Planen und Bauen“ und „Politik und Verwaltung“.

Mit 100 Stimmen liegt der Bürgervorschlag zehn Prozent weniger Ratsmitglieder zu beschäftigen, bei nur vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen, auf Platz eins des Rankings. Der Vorschlag weniger Schilder und Ampeln zu verwenden kam mit 80 Befürwortern, bei ebenfalls vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen, auf Rang zwei.

Bürgerhaushalt in Babenhausen

Die Stadt Babenhausen führte im vergangenen Jahr zum ersten Mal einen Bürgerhaushalt durch. Ziel war es kostengünstige Lösungen zu finden, Einnahmen zu verbessern und mit einfachen Mitteln gute Wirkungen zu erzielen.

Der Ablauf war in vier Schritte unterteilt:

1. 3.1.2011 bis 2.2.2011
Bürgern haben Gelegenheit Ideen und Vorschläge einzubringen und zu kommentieren. Diskussionsgrundlage sind die von der Verwaltung bereitgestellten Hintergrundinformationen.
2. 3.2.2011 bis 22.2.2011
Es wird über die gemachten Vorschläge abgestimmt und somit entschieden welche Vorschläge von der Verwaltung gesichtet werden.
3. März bis Juli 2011
TOP 10 Vorschläge von jedem Thema werden von der Verwaltung auf ihre Umsetzbarkeit geprüft. Entweder werden die Vorschläge dann direkt umgesetzt oder an den Magistrat / die Stadtverordnetenversammlung weitergeleitet. Der Status der einzelnen Vorschläge wird fortlaufend auf der Internetseite dokumentiert.
4. Ende 2011
Zusammenfassung und Dokumentation der Ergebnisse in einem Abschlussbericht.

Der Internetauftritt der Stadt Babenhausen wurde von der Firma „Wer denkt was“, einer Ausgründung der Technischen Universität Darmstadt, umgesetzt, die sich auf digitale Bürgerbeteiligung spezialisiert hat.

Die Bereiche zu denen Vorschläge eingereicht werden konnten, wurden von der Stadt vorgegeben. Dazu zählten städtische Grünflächen, Straßenbeleuchtung und ehrenamtliches Engagement.

Die 30 besten Ideen wurden einer Machbarkeitsbewertung durch die Verwaltung unterzogen.

Die entsprechenden Stellungnahmen der Stadtverwaltung Babenhausen sind auf der Internetseite veröffentlicht.

Bürgerhaushalt Frankfurt am Main

Die Stadt Frankfurt am Main startete in 2011 ihre erste Bürgerbeteiligung für den Haushalt 2013.

Ideen und Sparvorschläge können von den Bürgern per Post, Telefon, Fax oder Internet eingereicht werden.

Online besteht für jeden die Möglichkeit alle eingereichten Ideen zu lesen, zu bewerten und zu diskutieren.

Um die Weihnachtszeit herum begleitete Stadtkämmerer Uwe Becker sogar sein Infoteam für eine Stunde ins Nordwestzentrum um persönliche Fragen rund um den Bürgerhaushalt zu beantworten und sowohl Jugendliche als auch Senioren zu animieren sich für ihre Stadt einzusetzen.

Der Ablaufplan der Stadt Frankfurt am Main besteht aus fünf Phasen:

1. 18.11.2011 bis 11.12.2011
Ideen und Vorschläge können eingereicht werden.
2. 18.11.2011 bis 18.12.2011
Prüfung auf Umsetzbarkeit der Vorschläge erfolgt anschließend durch Finanzexperten der Stadt Frankfurt am Main.
3. 24.3.2012
Die 100 bestbewerteten Vorschläge kommen ins Bürgerforum. In einem eintägigen Workshop werden die Favoriten von einer Jury gewählt.
4. Oktober 2012 bis Januar 2013
Stadtverordnetenversammlung berät über die Haushaltsplanung und beschließt welche Bürgervorschläge in den Haushaltsplan 2013 aufgenommen werden.
5. Veröffentlichung der Ergebnisse
Ab Januar 2013 wird im Internet, gemeinsam mit dem Rechenschaftsbericht veröffentlicht, welche Ideen in den Haushaltsplan aufgenommen wurden.

Die TOP 100 der am besten bewerteten Vorschläge werden von den Finanzexperten der Stadt Frankfurt am Main geprüft. Anschließend werden sie mit den entsprechenden Stellungnahmen ins Bürgerforum geleitet.

Eine Jury, bestehend aus Frankfurter Bürgern, wählt dann die Favoriten aus, die Teil des Haushaltsentwurfs werden können. Schlussendlich entscheidet dann die Stadtverordnetenversammlung welche der ausgewählten Favoriten in den Haushalt 2013 aufgenommen werden.

Um beim Bürgerforum mitmachen zu können, hatten die Bürger die Möglichkeit sich bei der Anmeldung auf der Internetseite bis zum 19. Januar direkt zu bewerben.

Die Ergebnisse aus dem Bürgerforum werden dann, zusammen mit einer Begründung, im Internet veröffentlicht.

In der vier Wochen lang andauernden Phase, in der die Bürger ihre Ideen einbringen konnten, kamen insgesamt 1.300 Vorschläge zusammen, die rund 46.000 mal bewertet und 7.000 mal kommentiert wurden.

Nach Ermittlung der 100 bestbewerteten Vorschläge wurden die inhaltlich identischen Vorschläge an der bestplatzierten Position mit dargestellt, die jeweilige Anzahl weiterer Vorschläge rückte in der Liste nach.

Bei der Zusammenfassung erfolgte aber keine Addition der Bewertungen, da sonst ein doppeltes Voten der gleichen Person nicht ausgeschlossen werden konnte.

Aktuell werden die TOP 100 Vorschläge von der Verwaltung fachlich geprüft. Am 24. März 2012 findet dann das Bürgerforum statt, bei dem die Vorschläge ausgewählt werden, die dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden sollen.

Bei der Planung und Umsetzung des gesamten Verfahrens wird die Stadt Frankfurt am Main von Experten des Instituts für Politikwissenschaften beraten. Ziel ist es Stärken und Schwächen des Bürgerhaushaltes zu analysieren und Verbesserungsvorschläge für den Nächsten zu machen.

Um herauszufinden welchen Beitrag der Bürgerhaushalt leisten kann um den Austausch zwischen den Frankfurtern und der Stadt zu verbessern und wie sich die Ideen der Bürger in den Haushaltsplan integrieren lassen, untersuchen außerdem Wissenschaftler der Goethe-Universität.

An der Studie, die zwei Jahre andauert, können sich die Frankfurter online beteiligen.

Weitere Bürgerhaushalte in Kurzfassung

Bürgerhaushalt Stadt Freiburg

Die Stadt Freiburg versendet Fragebögen an die Bürgerinnen und Bürger, die eine Bewertung der Finanzen und der Zufriedenheit mit dem Leben in Freiburg vornehmen sollen.

Weiterhin werden Anträge der Fraktionen im Internet zur Diskussion gestellt.

Auch hier werden aufgrund der Komplexität des Haushaltsplanes Themenkomplexe gebildet. Entsprechende statistische Auswertungen und ein „Beteiligungsbericht“ mit allen Forenbeiträgen werden erstellt und veröffentlicht.

Bürgerhaushalt der Stadt Bonn

Die Stadt Bonn schaltet für den Bürgerhaushalt eine eigene Internetseite. Für die Betreuung während des ersten Bürgerhaushaltes wurde die Stadt Bonn von einer Beratungsfirma unterstützt. Das gesamte Verfahren kostete die Stadt ca. 300.000,- Euro, wovon ca. 70.000,- Euro die Beratungsfirma betrafen und ein Großteil der Kosten die Personalkosten der Mitarbeiter. Problem in Bonn war, dass sich 12.000 Nutzer registrierten, jedoch nur geschätzte 8.000 Nutzer tatsächlich aus Bonn kamen (Thema Studenten).

Bürgerhaushalt der Stadt Köln

Die Stadt Köln setzt ebenfalls auf das Medium Internet. Hier wird für verschiedene Themenkomplexe die Möglichkeit der Diskussion (u.a. mit dem Ziel, eigene Vorschläge zu erstellen) und Bewertung gegeben.

Die 100 bestbewerteten Vorschläge werden von der Verwaltung fachlich geprüft und anschließend durch die politischen Gremien beraten und ggf. in den Haushaltsplan mit aufgenommen.

Die Stellungnahmen und Beschlüsse werden in der eigens eingerichteten Internetseite transparent gemacht.

Bürgerhaushalt Gemeinde Wölfersheim

Die Gemeinde Wölfersheim informiert ihre Bürgerinnen und Bürger lediglich mit einer Haushaltsbroschüre über den gemeindlichen Haushalt. Eine Einflussnahme während der Haushaltsplanaufstellung ist nicht möglich.

Fazit: hierbei handelt es sich um die einfachste Variante eines Bürgerhaushaltes.

Bürgerhaushalt der Stadt Groß-Umstadt

Auch in der Gemeinde Gross-Umstadt werden die Bürgerinnen und Bürger, wie in der Gemeinde Wölfersheim, über den Haushalt informiert. Ergänzend gibt es jedoch Gelegenheit, die Daten des Haushaltsplanes bei einem „Tag des Bürgers“ mit den politischen Vertretern und der Verwaltung zu diskutieren. Die Bürger können bei dieser Gelegenheit auch ihre Ideen und Vorschläge vortragen mit dem Ziel, dass diese ggf. noch in den Haushaltsplan und die Haushaltsberatungen aufgenommen werden. Diese Regelung gibt es bereits seit über 10 Jahren.

Zeitlicher Fahrplan aus dem Jahr 2010:

- 28.01.2010 - Einbringung des Haushaltes im Parlament
- 24.02.2010 - Tag des Bürgers
- 25.02.2010 - Erste Haushaltsberatung des HuF
- 04.03.2010 - Zweite Haushaltsberatung im HuF
- 12.03.2010 - Beschluss des Haushaltes im Parlament

Schlussbetrachtung

Die aufgezeigten Bürgerhaushalte zeigen, wie unterschiedlich die einzelnen Städte und Kommunen eine Bürgerbeteiligung interpretieren. Grundsätzlich muss sich eine Stadt

darüber im Klaren sein, dass ein Bürgerhaushalt keine einmalige Veranstaltung ist, sondern auch in den Folgejahren beibehalten werden muss. Ein mehrjähriges Verfahren ist deshalb schon empfehlenswert, um im Laufe der Jahre immer mehr Bürgerinnen und Bürger für diese Art der Haushaltsgestaltung zu gewinnen und um mögliche Hemmschwellen gegenüber diesem neuen Instrument der Mitbestimmung abzubauen.

Es sollte jedoch vorab eine Verständigung darüber geben, in welcher Form und an welchen Stellen des Haushaltes in den Abstimmungs- und Diskussionsprozess seitens der Bürger eingegriffen werden darf. Um keine unerfüllbaren Erwartungen bei den Bürgern zu wecken, muss zu Beginn deutlich dargestellt werden, welchen Einfluss die Bürgervorschläge haben und wie sie im politischen Entscheidungsprozess letztlich Berücksichtigung finden (Chancen und Grenzen sind also deutlich aufzuzeigen).

Auch über ein sogenanntes „Anreizmodell“ sollte nachgedacht werden um die Bevölkerung für eine Teilnahme entsprechend zu motivieren.

Jede Kommune sollte sich für „ihr“ Modell entscheiden, je nach dem wann ein Haushalt normaler Weise auf den Weg gebracht wird.

Daher sei zum Schluss noch einmal der Hinweis erlaubt:

„Jede Kommune hat vor Einführung eines Bürgerhaushaltes für sich zu entscheiden, in welcher Phase die Bürgerbeteiligung einsetzen soll. Hier bietet sich die schon beschriebene Möglichkeit einer Beteiligung vor Erstellen des Haushaltes bzw. eine Beteiligung nach Einbringung des Haushaltsentwurfes an.“

Kelsterbach, den 13. Februar 2012

Verantwortlich: Sandra Soliman
Kurt Linnert